



Fotos: Ben de Bief

Fünfzehn gehen offline

Eigentlich wollten sie nur Internetsperren einreißen. Jetzt sind sie Politiker. Können die Piraten das? VON MARIAM LAU, KHUÊ PHAM, THOMAS E. SCHMIDT UND HEINRICH WEFING

Ist das jetzt etwas Großes, was wir gerade erleben? Die Geburt einer neuen politischen Kraft, mit der zu rechnen ist, in den Großstädten, im Bund, auch in Europa? Oder ist der spektakuläre Erfolg der Piratenpartei bei den Abgeordnetenhauswahlen etwas spezifisch Berlinisches, eine demokratische Sumpflüte der digitalen Boheme, die in Friedrichshain und Mitte in den Cafés hockt und auf ihre MacBooks starrt? Ein flüchtiger Erfolg, wie ein Filmchen bei YouTube, viel geklickt, rasch vergessen?

Viele Grüne fühlen sich plötzlich ziemlich alt. Kein Wunder. Viele sind auch längst ziemlich alt. Und erleben nun zum ersten Mal, dass da eine neue Partei auftaucht, jünger, cooler. Und ganz schön erfolgreich. Die 8,9 Prozent, die die Piraten erzielt haben, hätten der grünen Spitzenkandidatin Renate Künast zu dem Erfolg verholfen, der ihr prophezeit worden war, als sie im vergangenen Herbst ihre Kandidatur verkündete. Und prompt reagiert das grüne Establishment genauso, wie seinerzeit die Sozialdemokraten auf die jungen Grünen reagierten.

Väterlich bevormundend, wie Christian Ströbele, 72, Grünen-Mitbegründer, Dauerbundestagsabgeordneter aus Friedrichshain-Kreuzberg, der den Piraten riet: Klärt die Frauenfrage! Wenn unter 15 Kandidaten einer Partei nur eine Frau sei, dann sei das nicht so toll. Oder pampig, wie Renate Künast, die ankündigte, man werde die Piraten »resozialisieren, damit sie dann bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten und durchkommen«. Christopher Lauer, 27, frisch gewählter Pirat aus Pankow, hat Künast daraufhin einen wütenden Brief geschrieben: ob sie eine grüne Einheitspartei anstrebe?

Die Piraten sind heute, was die Grünen vor dreißig Jahren waren. Bunt, aufmüpfig, unangepasst, eine Provokation. So geht die erste Erklärung, die gerade überall versucht wird. Auch manche Piraten selbst sehen sich so. Und die Bärte, das Chaos, das Unprofessionelle, das die Freibeuter ins Abgeordnetenhaus mitbringen, das erinnert schon an die frühen Grünen, gerade in Berlin. Zu deren ersten Abgeordneten gehörte der selbst ernannte »Aktionspolitologe« Dieter Kunzelmann. Den Reden des damaligen Regierenden Bürgermeisters lauschten Kunzelmann und der Rest der Fraktion gern schon mal mit gehäkelten Schlafmützen.

Aber viel weiter trägt die Parallele vermutlich nicht. Denn die Grünen insgesamt waren keine Spaßpartei, sie waren auch keine Ein-Thema-Partei, sie waren kräftig vopolitisiert. Sie brachten unterschiedliche Themen aus unterschiedlichen Richtungen mit: Gleichberechtigung aus der Frauen- und Schwulenbewegung, Friedenspolitik, Umweltschutz. »Die Piratenpartei ist zwar auch eine »Anti-Parteien-Partei«, schreibt die junge Grünen-Politikerin Julia Seeliger. »Aber sie hat nur eine Wurzel: das Netz.«

Tatsächlich ist die deutsche Piratenpartei groß geworden im Kampf gegen »Zensursula«, gegen die von der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen initiierten Kinderporno-Sperren im Internet. Alexander Morlang, 37, einer der neuen Berliner Piraten-Abgeordneten, etwa sagt: »Ich habe mich in dem Augenblick politisiert, als mein angestammter Lebensraum, das Netz, angegriffen wurde.« Auch viele andere Piraten sind im Sommer 2009, als der Bundestag das Netzsperrengesetz beschloss, aktiv geworden. Wenige Monate später holte die Piratenpartei zwei Prozent bei den Bundestagswahlen.

Genug, um die etablierten Parteien zu erschrecken. Alle entdeckten plötzlich die Netzpolitik für sich, einen Augenblick lang sah es sogar so aus, als könne Schwarz-Gelb hier ein Politikfeld erobern. Lange her. Netzpolitisch hat die Koalition nichts geliefert. Das ziemlich ambitionierte Vorhaben von Thomas de Maizière, langfristige, konsistente Lösungen für die Gestaltung des Internets zu finden, ist tot, seit der vormalige Innenminister ins Verteidigungsministerium gewechselt ist. Sein Nachfolger Hans-Peter Friedrich sieht das Netz vorwiegend als Sicherheitsrisiko, ansonsten herrscht Schweigen. Gut möglich, dass sich das jetzt, nach dem Berliner Erfolg der Piraten, wieder ändert.

Der Kampf gegen die vermeintliche Zensur im Netz hat die Piraten bis heute geprägt. Ihre Forderungen nach mehr Freiheit und mehr Transparenz richten sich vor allem gegen den Staat. Dass die Feinde der Transparenz heute auch Facebook und Google heißen – dazu ist von den Piraten kaum etwas zu hören. Und auch um die Spannungen zwischen Datenschutz und Transparenz, überhaupt um viele brisante Konflikte im Netz mogeln sie sich

Viel spricht dafür, dass die Piraten eine Stimmung getroffen haben, dass sie ein Gefäß sind, in dem ganz Disparates zusammengefließen ist. Ihre Forderung nach Abschaffung des Urheberrechts entspricht perfekt dem Lebensgefühl einer Generation, die am Bildschirm aufgewachsen ist, für die jeder Film, jeder Song nur einen Klick entfernt ist, umsonst und sofort, ohne lästige Fragen, ob der Download illegal sein könnte. Der demonstrative Unernst der Piraten, das ganze Un-Parteilhafte der Partei reagiert auf das verbreitete Unbehagen an der klassischen Parteipolitik mit ihrem taktischen Populismus, wie er gerade von der FDP in Berlin vorgeführt wurde.

Sicher führt auch eine Spur von Berlin nach Stuttgart, vielleicht sogar zu den Demonstrationen in Israel, Spanien und Griechenland. Überall entstehen neue Formen des Protests, des situationsbezogenen Aktionismus, der Mitsprache jenseits traditioneller Entscheidungsprozesse. Überall gehen Menschen auf die Straße – in Berlin, hübsche Pointe, gehen sie ins Wahllokal. Und schicken ausgerechnet eine Partei, die direkte digitale Demokratie erreichen will, im ersten Anlauf ins Parla-

Kein Wunder. Viele sind auch längst ziemlich alt. Und erleben nun zum ersten Mal, dass da eine neue Partei auftaucht, jünger, cooler. Und ganz schön erfolgreich. Die 8,9 Prozent, die die Piraten erzielt haben, hätten der grünen Spitzenkandidatin Renate Künast zu dem Erfolg verholfen, der ihr prophezeit worden war, als sie im vergangenen Herbst ihre Kandidatur verkündete. Und prompt reagiert das grüne Establishment genauso, wie seinerzeit die Sozialdemokraten auf die jungen Grünen reagierten.

Jahren waren. Bunt, aufmüpfig, unangepasst, eine Provokation. So geht die erste Erklärung, die gerade überall versucht wird. Auch manche Piraten selbst sehen sich so. Und die Bärte, das Chaos, das Unprofessionelle, das die Freibeuter ins Abgeordnetenhaus mitbringen, das erinnert schon an die frühen Grünen, gerade in Berlin. Zu deren ersten Abgeordneten gehörte der selbst ernannte »Aktionspolitologe« Dieter Kunzelmann. Den Reden des damaligen Regierenden Bürgermeistermeisters lauschten Kunzelmann und der Rest der Fraktion gern schon mal mit gehäkelten Schlafmützen.

von der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen initiierten Kinderporno-Sperren im Internet. Alexander Morlang, 37, einer der neuen Berliner Piraten-Abgeordneten, etwa sagt: »Ich habe mich in dem Augenblick politisiert, als mein angestammter Lebensraum, das Netz, angegriffen wurde.« Auch viele andere Piraten sind im Sommer 2009, als der Bundestag das Netzsperrengesetz beschloss, aktiv geworden. Wenige Monate später holte die Piratenpartei zwei Prozent bei den Bundestagswahlen.

Schweigen. Gut möglich, dass sich das jetzt, nach dem Berliner Erfolg der Piraten, wieder ändert.

Der Kampf gegen die vermeintliche Zensur im Netz hat die Piraten bis heute geprägt. Ihre Forderungen nach mehr Freiheit und mehr Transparenz richten sich vor allem gegen den Staat. Dass die Feinde der Transparenz heute auch Facebook und Google heißen – dazu ist von den Piraten kaum etwas zu hören. Und auch um die Spannungen zwischen Datenschutz und Transparenz, überhaupt um viele brisante Konflikte im Netz mogeln sie sich herum. Zeugenschutz bei WikiLeaks zum Beispiel, da hätten die Piraten keine Haltung, kritisiert Konstantin von Notz, der seit Jahren für die Grünen im Bundestag Netzpolitik macht.

»Die Piraten sind nicht die Stimme der Netzgemeinde«, sagt auch Markus Beckedahl, der das Blog *Netzpolitik* betreibt. Die großen netzpolitischen Debatten hätten nicht die Piraten angestoßen, sondern andere, der Chaos Computer Club zum Beispiel. Ohnehin glaubt Beckedahl nicht, dass das Thema Internet entscheidend für den Wahlerfolg der Piraten war.

Mit Netzpolitik allein lässt sich keine Wahl gewinnen. Der Kampf gegen die Vorratsdatenspeicherung bringt keine 8,9 Prozent in Berlin. Für mehr Transparenz im Cyberspace sind vielleicht die jungen Piraten-Wähler in Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg zu begeistern. Aber wieso konnten die Piraten auch reichlich Nichtwähler mobilisieren, viele FDP- und CDU-Wähler gewinnen und sogar in den als behäbig geltenden Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Zehlendorf locker die Fünf-Prozent-Hürde nehmen?

»Vielleicht ist das Rohe der Chic«, sagt der Kandidat aus Pankow

Auch den Piraten selbst ist wohl nicht ganz klar, wer für sie gestimmt hat. Christopher Lauer, der im Bezirk Pankow kandidiert hat, spricht von »meist jungen, alternativen Leuten«, die die Piraten gewählt hätten, weil sie nicht angepasst seien. »Vielleicht ist das Rohe der Chic«, sagt er. Von Kalkül, ein bestimmtes Publikum anzusprechen, will er nicht reden, aber auch nicht von Zufall. »Vieles war instinktiv.« Lauer steht auf der Wahlparty der Piraten im Kreuzberger Szeneclub »Ritter Butzke« und dreht sich eine Zigarette aus Ökotabak. Die Piraten ringsum sehen ziemlich nett aus, überhaupt nicht furchteinflößend. Sie stehen in Jeans, Cordjackets, Piratenshirts in den Parteifarben Schwarz und Orange herum, trinken Bier und Club Mate. Aus den Boxen dröhnt der Tocotronic-Hit *Pure Vernunft darf niemals siegen*. Ironie ist Trumpf.

Lauer hatte mit einem Wahlplakat geworben, auf dem er mit betont ernstem Gesicht die Augenbrauen über den Rand seiner großen Brille zog – darunter stand der alte Adenauer-Slogan: »Keine Experimente«.

Überhaupt hat ausgerechnet die Online-Partei vor allem mit ihrem Offline-Wahlkampf gepunktet. »Die Plakate der anderen sahen alle wie Waschmittelwerbung aus«, sagt Blogger Markus Beckedahl. »Die Piraten wirkten dagegen anders.« Sie vermittelten etwas Frisches, Spielerisches, das besonders den Künast-Grünen abging.

gerade von der FDP in Berlin vorgeführt wurde. Sicher führt auch eine Spur von Berlin nach Stuttgart, vielleicht sogar zu den Demonstrationen in Israel, Spanien und Griechenland. Überall entstehen neue Formen des Protests, des situationsbezogenen Aktionismus, der Mitsprache jenseits traditioneller Entscheidungsprozesse. Überall gehen Menschen auf die Straße – in Berlin, hübsche Pointe, gehen sie ins Wahllokal. Und schicken ausgerechnet eine Partei, die direkte digitale Demokratie erreichen will, im ersten Anlauf ins Parlament. Vielleicht ist die repräsentative Demokratie ja doch viel flüssiger, anpassungsfähiger, offener, als viele glauben.

Warum, fragt einer, nicht auch mal eine Position der CDU übernehmen?

Die große Frage ist, was nun aus den Piraten wird. Können sie sich professionalisieren? Können sie ihre inneren Widersprüche aufheben? Wollen sie das überhaupt?

Erst einmal versuchen sie, ihre offenkundigen Defizite in einen Vorteil umzudefinieren. Gerhard Anger, der Landesvorsitzende der Berliner Piraten, der selbst nicht ins Abgeordnetenhaus einzieht, sagt: »Klar haben wir von vielen Dingen keine Ahnung. Wir wollen auch gar nicht so tun. Wir lernen, und an diesem Prozess werden wir andere teilhaben lassen.« Lernen werden sie müssen, aber im Grunde wollen sie sich nicht von dem autoritären Wust politischer Detailkenntnisse beeindrucken lassen. Auch die großen Erzählungen, die Mythen und Urfeindschaften der Parteipolitik interessieren sie nicht. Sie pflegen keine Feindbilder, jedenfalls nicht in dem unspezifisch »linken« Biotop, in dem sie nun hochgeschossen sind wie Pilze. Die Grünen sind okay, die Linken irgendwie auch, »und warum nicht mal eine Position der CDU gut finden, wenn die vernünftig ist?«, meint Anger.

Vielleicht ist das ein Versuch, die eigene Unabhängigkeit in den parlamentarischen Alltag zu retten. Vielleicht ist es auch Angst vor der neuen Verantwortung. Oder bloß naiv. Lange gut gehen wird es nicht. Denn der politische Betrieb verlangt Entscheidungen. Taktik, Deals, Koalitionen, strategisches Abstimmungsverhalten, solche Zwänge kommen nun auf die Fraktion zu.

In der Anfangszeit der Grünen hat das ewige Palaver aller über alles die Partei immer wieder zerrissen. Wenn jeder mitredet, wann ist dann Schluss mit der Diskussion? Wer fällt die Entscheidungen? Auch die Piraten haben damit schon chaotische Erfahrungen gemacht. Ihre internen Fehden hätten die Partei nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl fast zerlegt.

Der Einzug der 15 Piraten ins Berliner Abgeordnetenhaus wird sie nun von Neuem vor diese Fragen stellen. Und sie mit ihren eigenen Widersprüchen konfrontieren: Einerseits wollen sie vor jeder Entscheidung per »Liquid Feedback« die Meinung der Basis einholen. Andererseits widerspricht der Fraktionszwang dem libertären Gedanken der Piraten. »Hm«, sagt Sebastian Nerz, der Bundesvorsitzende der Piraten, »da sind wir gespalten.«

Mitarbeit: JOHANNA RITTER

Siehe auch **Feuilleton Seite 52**

ICH GEBE AUCH VERSTECKTEN TALENTEN EINE CHANCE.

IM TEAM SCHAFFEN WIR ES, DASS AUS DER CHANCE EIN GEWINN FÜR ALLE WIRD.



Gute Chefs sehen nicht nur Noten, sondern die ganze Persönlichkeit. Im Team Zukunft sorgen wir gemeinsam mit Ihnen dafür, dass aus versteckten Talenten wertvolle Fachkräfte für Ihr Unternehmen werden. Rufen Sie unsere zentrale Service-Nummer für alle Ausbildungsfragen an: **01801 66 44 66.***

*Festnetzpreis 3,9 ct/min; Mobilfunkpreise höchstens 42 ct/min

DER ARBEITGEBER-SERVICE



Bundesagentur für Arbeit